

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

„Zusammenhalt durch Integration“

gehalten in der
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags
vom 17.02.2016

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

in dieser Woche entscheidet sich, ob es in der Flüchtlingspolitik noch eine europäische Lösung gibt. Die Neue Osnabrücker Zeitung titelte gestern: „EU-Gipfel: Stunde der Wahrheit für Merkel“. Das klare „Nein“ der osteuropäischen Länder, der sogenannten „Visegrad“-Länder (Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien), die Aussage Frankreichs keinesfalls mehr als die versprochenen 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen, lassen nur wenig Hoffnung.

Doch was, wenn Europa in dieser Frage wirklich scheitert? Was bleibt dann von unserer europäischen Idee, unserem Grundgedanken der Solidarität?

Klar ist, Deutschland wird diese Flüchtlingskrise nicht alleine schultern können. Wir stoßen an unsere Grenzen und deshalb muss oberstes Ziel sein, die Fluchtursachen zu bekämpfen und den Flüchtlingsstrom zu bremsen.

Anrede,

in diesen sehr bewegten Zeiten braucht es einen klaren Kurs. Die Menschen in unserem Land erwarten, dass alle demokratischen Kräfte in diesem Land gemeinsam an der Bewältigung dieser gewaltigen Herausforderung arbeiten.

Doch was sie erleben, ist etwas Anderes.

Die Vielstimmigkeit der Politik, sich immer wieder mit neuen scheinbaren Lösungen zu überbieten, sich gegenseitiges Versagen vorzuwerfen oder, wie jetzt passiert, der unglaubliche Vorwurf von Horst Seehofer, es gebe in Deutschland bei der Flüchtlingspolitik eine „Herrschaft des Unrechts“, spaltet die Gesellschaft und spielt den Gegnern unserer Demokratie in die Hände.

Das, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht zulassen!

Anrede,

wir brauchen jetzt den Schulterschluss aller Demokraten. Wir müssen durch eine gute und nachhaltige Integration und mit pragmatischen Lösungen überzeugen, dass unser Staat sehr wohl handlungsfähig ist.

Dabei ist besonders wichtig, den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken, und zwar mit Maßnahmen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Es darf eben kein „gegeneinander ausspielen“ in diesen Fragen geben. Das, meine Damen und Herren, gefährdet den sozialen Frieden.

Niedersachsen ist bei den Integrationsleistungen durchaus gut aufgestellt. Natürlich können wir noch besser werden und dazu werden die Integrationskonferenzen des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ auch sicherlich beitragen. Aber wir haben auch schon vieles geschafft, nicht zuletzt durch die vielen Ehrenamtlichen und das große Engagement in unserem Land.

Das gilt bei der Sprachförderung genauso wie bei den Integrationskursen, der Integration in den Arbeitsmarkt, der Ausbildung oder bei der Wohnungssuche. Beim sozialen Wohnungsbau geht es um bezahlbaren Wohnraum für alle.

Und gerade deshalb war der Vorschlag der CDU, bei Flüchtlingen den Mindestlohn auszusetzen, ein völlig falsches Signal. Dieser Vorschlag führt eben nicht zusammen, sondern verschärft die Konflikte.

Meine Damen und Herren der CDU, leider setzen ihre Vorschläge, ob es jetzt der Zehn-Punkte-Plan aus dem vergangenen Jahr ist, den sie ja in der Zwischenzeit auch schon wieder zurückgezogen haben, oder der jetzt neu vorgelegte Fünf-Punkte-Plan, mehr auf Ausgrenzung als Integration, mehr auf Populismus als auf echte pragmatische Lösungen. Ihr Vorschlag auf Einsetzung eines sogenannten Staatskommissars in der Frage der Abschiebungen lässt sich leicht enttarnen. Es gibt in unserer Verfassung einen solchen Staatskommissar gar nicht, sondern nur einen Beauftragten, der aber auch nicht mehr als das Recht auf Akteneinsicht hat. Oder ihr Vorschlag zur Verlängerung der Schulpflicht ist eben auch nicht zu Ende gedacht und hat mit einer pragmatischen Lösung nichts zu tun.

Auffällig bei ihrem Fünf-Punkte-Plan ist allerdings etwas Anderes. An keiner Stelle, mit keinem Wort gehen Sie auf das eigentliche Problem in der Flüchtlingsfrage ein, nämlich das nach wie vor nicht zeitnahe Abarbeiten der Asylanträge.

Das BAMF ist Kern des Problems. Die Verfahren müssen schneller bearbeitet und entschieden werden, damit schneller Klarheit herrscht, wer hierbleiben kann und wer zurückgeführt werden muss.

Wann also werden Sie dem Bundesinnenminister Herrn de Maiziere den Staatskommissar schicken?

Anrede,

unser Land hat schon viele Herausforderungen wie zum Beispiel die Deutsche Einheit gemeistert. Deutschland war und ist immer dann besonders stark, wenn auch der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stark war.

Wir werden unseren Weg in Niedersachsen weitergehen und Kurs halten. Das bedeutet große Anstrengungen in der Integration für alle bei uns Schutzsuchenden und kein gegeneinander ausspielen der einzelnen Gruppen.

Zusammenhalt durch Integration kann nur dann gelingen, wenn wir uns gemeinsam den Herausforderungen stellen. Dazu brauchen wir allerdings auch die Unterstützung durch den Bund. Und zwar in erheblich größerem Umfang als bisher.

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise eignet sich nicht für politische Spielereien. Hier geht es um mehr, als um politisches Kraftmessen, es geht um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und um die Zukunft unserer Demokratie. Das sollte allen bewusst sein.

Vielen Dank!